

Wir Berlinerinnen

Verbandspublikation des LandesFrauenRates Berlin e. V.

Liebe Ladies,

wissen Sie schon, womit Sie Ihre Lieben zu Weihnachten verwöhnen? Oder sind Sie froh, dass erst einmal der Stress der ersten Adventssonntage hinter Ihnen liegt? Sind Sie schon den Verlockungen des Plätzchenbackens erlegen oder haben Sie beschlossen, dass das Gebäck fertig aus der Dose in diesem Jahr genügen muss? Alles Fragen, die sich aufdrängen! Wir befinden uns schließlich in der finalen Phase des Jahres und dies ist bekanntermaßen die Hochzeit und zugleich härteste Bewährungsprobe für das Familienmanagement. Dieses wiederum liegt – wir irren hier nicht! – ganz oder zumindest deutlich überwiegend in den Händen (und Köpfen) von uns Frauen.

Nun haben wir neuerdings im Bundesfamilienministerium ein eigenes Referat „Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer“. Und umgehend hat es eine Studie samt Netzwerk gegeben, in der schwungvoll, wenn auch grammatikalisch nicht ganz korrekt „Neue Wege für Jungs“ aufgezeigt werden. Unser konstruktiver Vorschlag in diesem Zusammenhang: Lasst unseren männlichen Nachwuchs Familienmanagement mit möglichst vielen Facetten lernen. Als praktisches Übungsfeld eignen sich Weihnachtszeit und Jahreswechsel ganz hervorragend. Die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten lassen sich mit Sicherheit später auch außerhalb der Familie, speziell in Unternehmen und Verwaltungen, erfolgreich einsetzen. Wir sagen nur: Chaosmanagement, Konfliktmanagement, Changemanagement, Multitasking.

Wiegen wir uns also in der Hoffnung, dass unsere Vorschläge zu einer effizienten Männerpolitik demnächst umgesetzt werden und wir uns wegen Weihnachten ab 2022 keine Gedanken machen müssen. Eine Enttäuschung in diesem Jahr war die Nichternennung von **Margarete Koppers** zur ersten Polizeipräsidentin für Berlin. Das ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, zumal sie sich über anderthalb Jahre als kommissarische Leiterin der Behörde, soweit wir das erlebt haben, bestens bewährt hat. Ärgerlich! Gefreut hat uns dagegen die auch zeitlich prima passende Ernennung von **Charlotte Hopf** zur Dombaumeisterin. Natürlich ist die junge Architektin die erste in der Geschichte des Berliner Doms. Vielleicht treffen Sie sie ja an den kommenden Feiertagen dort. Bis dahin wünschen wir Ihnen eine schöne Adventszeit, frohe Weihnachten und kommen Sie gut ins Neue Jahr.

Herzlichst



Dezember 2012

Nr. 115

LandesFrauenRat



Berlin e. V.

LandesFrauenRat Berlin
1979-2009

Frauen bewegen Berlin

*Als Dachverband
der Berliner
Frauenorganisationen
vertreten wir die
Interessen aller
Berlinerinnen.*

*Wir schreiben
Berliner
Frauengeschichte
und setzen
gleichstellungspolitische
Meilensteine.*

*Mit Ihrer Hilfe?!?
Zur Finanzierung von
Aktionen und Projekten
sind wir auf Ihre Spende
angewiesen.*

Spendenkonto:
Landesfrauenrat Berlin e.V.
Kontonummer 600 487 00 16
Pax Bank eG
BLZ 370 601 93
Verwendung: Thema 2013

Der LFR Berlin ist als
gemeinnützig anerkannt
und Spenden sind von der
Steuer absetzbar.

Inhalt

LFR Aktuell

Halbzeit der Amtszeit	Seite 3
Dokumentation: Vor Ort-Gespräche	Seiten 5 bis 7
Rückblick: Vorträge im Mai	Seite 10
LFR-Praktikum	Seite 10

Frauen in Berlin

Menschenhandel bekämpfen	Seite 8
20 Jahre ÜPFI	Seite 9
Dual Career Netzwerk Berlin	Seite 10
Diversity Kongress 2012	Seite 11

LFR-Mitgliedsorganisationen

DBfK: Pflegekammer für Berlin	Seite 17
In Via: Veranstaltung in Potsdam	Seite 17
20 Jahre Fraueninitiative Berlin-Warschau	Seiten 18/19
Liberale Frauen: Frauenquote	Seite 20
Gedok: Eigene Galerie	Seite 21
frauen + schule: Helga-Moericke-Preis	Seite 21

Frauen in aller Welt

Deutschland steigt ab	Seite 22
-----------------------	----------

Rubriken

Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seite 4
Studien	Seite 12
Landesfrauenräte	Seite 13
Literatur	Seiten 14/15
Deutscher Frauenrat	Seite 16
Aufgespießt	Seite 23

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V. im UCW, Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de
www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de

Redaktion: Regina Seidel (ViSdP), Juliane Freifrau von Friesen, Anne Kräuchi,
Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.
Erscheinungsdatum: 20.12.2012

LandesFrauenRat  Berlin e.V.

UCW unternehmerinnen und gründerinnen
zentrum berlin charlottenburg-wilmersdorf

Halbzeit der Amtszeit - Ausblick auf Neues

♦ Fast eineinhalb Jahre bin ich nun Vorsitzende des LFR Berlin und damit ist etwa die Hälfte der dreijährigen Amtszeit des Vorstandes vorbei. Deshalb möchte ich kurz Bilanz ziehen und einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des LFR geben.

Zunächst möchte ich mich bei unseren Mitgliedsorganisationen und ihren Delegierten bedanken: Sie haben mich sehr gut aufgenommen und mir den Start in dem neuen Amt leicht gemacht. Ich muss zugeben, anfangs war viel neu für mich. Dazu gehört ohne Zweifel die enorm breite Themenpalette, für die der LFR Berlin steht und für die er engagiert streitet. Dazu gehören auch die vielfältigen Vernetzungsstrukturen, die die Aktionsplattform für die Berliner Frauenorganisationen und ihren Dachverband bilden.

Inzwischen habe ich mich mit Unterstützung meiner Vorstandskolleginnen, der LFR-Geschäftsführerin und der Delegierten in der Mitgliederversammlung bestens eingelebt und bin davon überzeugt: Die Themenpalette und die gute Vernetzung sind das Pfund, mit dem der LFR wuchern kann und die uns helfen, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit überall dort einzufordern, wo es im Interesse der Berlinerinnen nötig ist. Dazu gehören die Topthemen „Entgeltgleichheit“, „Frauen in Führungspositionen“ und „Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben“. Leider haben auch Themen wie „Häusliche Gewalt“, „Frauenarmut“ und „Diskriminierung aufgrund des Geschlechts“ nicht an Aktualität verloren. Ebenso müssen wir uns verstärkt Fragen der Integration und der Inklusion stellen und überlegen, wie wir für Frauen nichtdeutscher Herkunft oder Frauen mit Handicap besser Sprachrohr sein können. Erste vielversprechende Ansätze dazu gibt es, aber diese sind ausbaubedürftig. Hier hoffe ich auf weitere Anregungen der Mitgliedsorganisationen.

In den vergangenen Wochen hat der LFR-Vorstand unsere bisherige Veran-

staltungsstruktur unter die Lupe genommen: Im zu Ende gehenden Jahr haben wir mit unserer Frauensenatorin Dilek Kolat und den Parlamentarierinnen aus dem Abgeordnetenhaus sowie den Staatssekretärinnen Dunger-Löper und Töpfer-Kataw politische Schwergewichte zu Gast gehabt. Wir haben wichtige Themen besprochen, wie beispielsweise Menschenhandel oder die Qualifizierung von Frauen auf dem Berliner Arbeitsmarkt. Doch nicht immer war die Teilnehmerinnenzahl so wie wir erwartet hatten. Wir mussten feststellen, dass die aktive Arbeit von einigen wenigen Delegierten getragen wird und manche Mitgliedsorganisation selten bis nie an den LFR-Veranstaltungen teilnimmt. Das macht nachdenklich und war der Anlass, eine zeitgemäße Veranstaltungsstruktur zu entwickeln.

So wird es 2013 neben der Jahreshauptversammlung (am 4. Februar) mit der Berichterstattung des Vorstandes eine weitere Mitgliederversammlung im Herbst geben, die die Beratung von Anträgen und Stellungnahmen sowie die Möglichkeit von Neuaufnahmen bietet. Darüber hinaus planen wir für den August eine Diskussionsveranstaltung zur Bundestagswahl, die in einen Sommerempfang des LFR Berlin integriert sein soll. Ferner soll es eine Reihe zum Jahresthema „FrauenMACHTKonsum“ geben, die Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Hauswirtschaft, Verbraucherinnenpolitik und Umwelt sowie Interessierte mit begleiten werden. Neu sind unsere „Netzwerktreffen“: Nicht wenige Mitgliedsorganisationen wünschen sich mehr Austausch mit anderen aus einem ähnlichen Themenfeld. Dies sollen nun die Netzwerktreffen leisten, die jeweils unter der Überschrift „Politik & Soziales“, „Arbeit & Beruf“, „Kultur & Freizeit“ sowie „Kirche & Religion“ stattfinden sollen. Vereinspraktische Angebote und Aktionen an den relevanten Gedenktagen runden den LFR-Kalender 2013 ab.



Regina Seidel, die Autorin des Beitrags, wurde Ende August 2011 erstmals zur Vorsitzenden des LandesFrauenRates Berlin gewählt. Ihre erste Amtszeit endet im Sommer 2014. In diesem Jahr stehen auch große Veranstaltungen an: Der LFR Berlin wird turnusgemäß die Geschäftsführung der Konferenz der Landesfrauenräte innehaben und das Jahrestreffen der Landesfrauenräte ausrichten. Außerdem feiert er sein 35-jähriges Bestehen.

LFR-Auftakt 2013

15. Januar
Treffen der
Präsidentinnen
und Vorsitzenden

4. Februar
Jahreshaupt-
versammlung

Beginn jeweils 18 Uhr
UCW-Konferenzsaal

Bierabend der Unternehmensverbände

♦ Wer in Berlin-Brandenburg dazu gehört, steht zweifelsohne auf der Gästeliste des Bierabends. Veranstalter wird er seit über vier Jahrzehnten von den Unternehmensverbänden Berlin, seit zwanzig Jahren Berlin und Brandenburg (UVB). Medien und Verwaltung, nicht zu vergessen die Arbeitsgerichtsbarkeit, trafen sich Anfang November in der Schlemmeretage des KaDeWe. Der Einladung des UVB-Präsidenten **Burkhard Ischler** (Siemens) und des Hauptgeschäftsführers **Christian**

Amsinck waren nicht nur die Senatoren **Thomas Heilmann** und **Michael Müller** gefolgt, sondern auch die Kammerpräsidenten **Stephan Schwarz** und **Eric Schweitzer**. Gut gelaunt gesehen wurden ebenfalls BSR- Chefin **Vera Gäde-Butzlaff**, die Programmdirektorin des rbb **Claudia Nothelle** und **Dieter Wagon**, Chef der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Arbeitsagentur. Es gab bei dieser interessanten Mischung viel Gesprächsstoff und darüber hinaus vor allem Schlemmereien ohne Ende.

Aids-Gala am 10. November



Texte auf dieser Seite:
Juliane von Friesen

♦ Für Kulturstatssekretär **André Schmitz** ist die Aids-Gala die „beste Party der Stadt“. Für seinen Chef, den Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit**, ist der Termin ein Muss, den er alljährlich erkennbar gerne wahrnimmt, auch diesmal in Begleitung seines Lebensgefährten **Jörn Kubicki**. Aber die Aids-Gala ist nicht nur ein Lokalereignis. Die Bundesminister **Guido Westerwelle** mit Mann **Michael Mronz**, **Daniel Bahr** mit Ehefrau **Judy Witten** und **Philipp Rösler** mit Frau **Wiebke** waren ebenso gekommen wie der in Berlin beinahe schon omniprésente US-amerikanische Botschafter **Philip D. Murphy** und seine Frau **Tammy** sowie

sein britischer Kollege **Simon McDonald**. Natürlich wurde auch reichlich gespendet. Ob jeweils 100.000 Euro von docstogether, dem Verband der privaten Krankenversicherungen, oder Mercedes Benz, 60.000 Euro von Luxusjuwelier Bucherer, es kam eine beeindruckende Summe zustande. Souverän führte **Max Raabe** nun schon zum sechsten Mal durch den Abend, aber als *die* Rednerin des Abends erwies sich eine Schülerin: **Juliane Lipke** vom Evangelischen Gymnasium Frohnau schilderte sehr anrührend ihre Eindrücke aus einem südafrikanischen Township und vom Lebenswillen dort lebender an Aids erkrankter Kinder. Hilfe tut not.

Namensschild für George-Grosz-Platz

♦ Vielleicht ist sie schon zu Lebzeiten eine Legende. Auf jeden Fall ist sie ein Berliner Original und Unikat. Die Rede ist von **Heidi Hetzer**. Die Ex-Autohaus-Chefin und immer noch aktive Rallyefahrerin sorgte mit dem von ihr gesponserten Namensschild dafür, dass Einheimische wie Touristen den nach dem berühmten Maler und scharfen Nazikritiker **George Grosz** benannten Platz am Kurfürstendamm/Ecke Schlüterstraße überhaupt wahrnehmen. Dass auch einer Heidi Hetzer nicht immer alles gelingt, lag am winterlichen Wetter. Die Plastikhülle, unter der sich das am 7. Dezember zu präsentierende Namensschild verbarg, war ebenso wie das dazugehörige Zug-

seil eingefroren, selbiges riss beim ersten Enthüllungsversuch. Zum Glück hatte Sangeskünstler **Henry de Winter** nicht nur seinen Freund auf vier Pfoten dabei, sondern war auch mit einem Regenschirm bewaffnet, den er beherzt einsetzte – und schon konnten die neugierigen Gäste das schön gestaltete Schild bewundern, unter ihnen der Charlottenburg-Wilmersdorfer Baustadtrat **Marc Schulte** und die extra aus den USA angereiste Schwiegertochter des Malers **Lilian Grosz**. Für sie war es eine große Genugtuung, dass ihr 1932 vor den Nationalsozialisten in die USA geflohener Schwiegervater in Berlin nunmehr auch sichtbar gewürdigt wird.

♦ Beim Austausch mit Staatssekretär **Ephraim Gothe** (SPD) in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Ende Oktober stellte die LFR-Vorsitzende **Regina Seidel** zunächst kurz die Arbeit des LandesFrauenRates Berlin vor. Dabei verwies sie insbesondere auf die Vorbereitungen zum Jahresthema „Frauen als Konsumentinnen“ sowie auf die ungeklärte Zukunft des Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrums Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW). Im Gespräch wurde eine Verknüpfung des Jahresthemas mit Fragen der Stadtentwicklung andiskutiert. So zum Beispiel die Gestaltung des wohnortnahen Bereichs (fußläufig zu erreichendes Nahversorgungszentrum) oder die Umsetzung von Projekten zur Begrünung von Innenhöfen. Insbesondere Instrumente der Selbstverwaltung von Wohnraum etwa durch Genossenschaften seien zielführend, hieß es. Der Staatssekretär verwies darauf, dass die Berücksichtigung der Frauensperspektive bei Planungsvorhaben bereits Tradition habe. In den vorigen Wahlperioden ist eine gendergerechte Betrachtung öffentlicher Räume verstärkt worden, nachdem bereits 1990 der Beirat für frauenspezifische Belange der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ins Leben gerufen worden ist. Der seit nunmehr 20 Jahren bestehende Beirat, in dem sich seit seiner Einrichtung insgesamt an die 60 Fachfrauen mit ihrer Expertise eingebracht haben und dem laut Geschäftsordnung bis zu zwölf Frauen – aktuell aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Freiraumplanung, Planungswissenschaften und Stadtforschung, Geografie, Sozialwissenschaften, Volkswirtschaft, Organisationsentwicklung und Journalismus – angehören können, wird auch künftig weiter bei Vorhaben hinzugezogen. Die Gender-Beauftragte der Senatsverwaltung, **Sibylle Krönert**, begleitet die Arbeit des Beirats und berät zum Einsatz der verschiedenen Methoden zur Partizipation sowie auch der zielgruppengerechten

Ansprache. Die Genderkompetenz soll auch vor Ort in den Kiezen gestärkt werden. Der Beirat regt jeweils konkret an, wie dies geschehen kann, erläuterte die Gender-Beauftragte anhand von verschiedenen Beispielen. Bedingt durch die Übernahme der früheren Beschäftigten des Magistrats sind aktuell noch zahlreiche Ingenieurinnen und Fachfrauen der Bauwirtschaft im Haus tätig. Auch künftig soll dies so bleiben. Deshalb öffnet die Senatsverwaltung regelmäßig zum Girls' Day ihre Pforten für Schülerinnen, um sie speziell für die technische Laufbahn in der Verwaltung zu interessieren, betonte der Staatssekretär. Abschließend sprach die LFR-Vorsitzende eine Einladung zum Besuch des LFR aus. Es wurde vereinbart, in einem Austausch mit dem Beirat mögliche gemeinsame Aktivitäten zu definieren. An dem Gespräch nahmen neben Staatssekretär Gothe und der Gender-Beauftragten Sibylle Krönert auch die Persönliche Referentin **Reyhan Sahin** sowie seitens des LFR Berlin die Vorstandsfrau **Vera Morgenstern** und die Geschäftsführerin **Sabine Röhrbein** teil.

Vor Ort-Gespräche

In diesem Jahr hat sich die LFR-Vorsitzende Regina Seidel begleitet von Vorstandskolleginnen bei Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Berliner Politik über frauenpolitische Fragestellungen ausgetauscht:

22.10.2012

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Seite 5)

28.11.2012

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

(Seite 6)

28.11.2012

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

(Seite 7)



Gruppenbild ohne Staatssekretär (von links nach rechts): Persönliche Referentin Reyhan Sahin, LFR-Geschäftsführerin Sabine Röhrbein, LFR-Vorsitzende Regina Seidel, LFR-Vorstandsfrau Vera Morgenstern und Gender-Beauftragte Sibylle Krönert.

Internet-Infos:

www.stadtentwicklung.berlin.de

www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/gender_mainstreaming/



Austausch mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann im Rathaus Charlottenburg.

Text: Sabine Röhrbein

Internet-Infos:

www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf

www.ucw-berlin.de

♦ **Reinhard Naumann** ist seit 1989 aktiver Bezirkspolitiker, seit 2001 Bezirksstadtrat und seit 2011 Bezirksbürgermeister. Seiner Abteilung ist unter anderem die Gleichstellungsbeauftragte **Christine Rabe** zugeordnet, die auch an dem Gespräch mit dem LFR Berlin teilnahm. Dieser wurde durch die Vorsitzende **Regina Seidel**, die Beisitzerin im Vorstand, **Vera Morgenstern**, und die Geschäftsführerin **Sabine Röhrbein** vertreten.

Der Bezirksbürgermeister verwies auf seine Amtsvorgängerinnen **Monika Wissel** und **Monika Thiemen** und betonte, dass es durch ihn keinen Bruch in der Kontinuität der frauenpolitischen Ausrichtung der Bezirksverwaltung gebe. Bereits als Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Schule und Sport habe er einen Akzent mit der Einführung des Boys' Day im Bezirk gesetzt, den er als „kleinen Bruder“ des Girls' Day bezeichnet. Ihm sei wichtig, dass Jungen zum Beispiel Pflegeberufe nicht „uncool“ fänden. Auch die Aktivitäten zum Frauentag seien eine „gesetzte Größe“ im Veranstaltungskalender des Bezirks.

Reinhard Naumann verdeutlichte, dass ihm gerade als Vorsitzender des UCW-Beirats der Erhalt des Unternehmerinnen- und Gründerinnen-zentrums Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW) wichtig sei. Allerdings sei der Unterhalt eines solchen Zentrums keine Pflichtaufgabe, so dass angesichts des Sparzwangs des Bezirks ein Verkauf diskutiert worden sei. Gegenwärtig stehe die Aufgabe des UCW nicht zur Debatte. Regina Seidel überreichte in diesem Zusammenhang einen ein-

stimmigen Beschluss des LFR-Vorstandes, in dem das Bezirksamt auf-fordert wird, die Verkaufsabsichten zurückzuziehen und das Alleinstellungsmerkmal des UCW langfristig zu sichern. In dem Beschluss heißt es, das UCW sei „ein beispielgebendes funktionierendes Vorzeigemodell zur Förderung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen“. Der LFR-Vorstand unterstreicht in seinem Beschluss: „Das UCW ist gelebte Frauenpolitik und muss erhalten bleiben!“

Der Bezirksbürgermeister stellte klar, dass die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf am 8.03.2012 beschlossen habe, dass das UCW auf Dauer zu erhalten sei, sowie am 16.08.2012 das Bezirksamt beauftragt habe, mit potenziellen Interessenten Gespräche über den Erhalt des UCW und auch des Atelierhauses in anderer Trägerschaft zu führen. Derzeit sei eine Übertragung an die GSE oder die Weibewirtschaft eG denkbar. Er verdeutlichte, dass der Bezirk nach wie vor strukturell umsteuern müsse. Die aktuelle Sparsumme in Höhe von 2,2 Millionen Euro sei jedoch ohne Berücksichtigung des UCW erbracht worden. Es stelle sich die Frage, wie das UCW gesichert werden könne, wenn dies der Bezirk angesichts neuer Sparrunden nicht mehr schaffe. Deshalb habe er Kontakt zur Frauensenatorin aufgenommen. Abschließend bedankte sich Regina Seidel für das konstruktive Gespräch und lud Bezirksbürgermeister Naumann zu einem Besuch des LFR im UCW ein.

*Austausch mit Senatorin
Sandra Scheeres (SPD).*

◆ **Senatorin Sandra Scheeres**

sieht Berlin in punkto Kitaplätze im Vergleich zu den anderen Bundesländern gut aufgestellt. Es gebe ein grundsätzliches Vertrauen in die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kitaplatzgarantie, verdeutlichte sie im Gespräch mit dem LFR-Vorstand. Um den Rechtsanspruch per 2013 zu erfüllen, sei eine Steigerung von jetzt 46 Prozent auf 70 Prozent in Arbeit. Der gefühlte Bedarf und die abweichenden Zahlen der Jugendhilfeplanung erschweren jedoch die Prognose. Die Aufstockung um 11.000 Kitaplätze in den nächsten zwei Jahren erfordert ein Budget von 20 Millionen Euro. Die Senatorin erläuterte, dass Kinder, die beim Sprachtest als 4-Jährige oder vor der Einschulung Defizite zeigen, schon jetzt gezielt sprachlich gefördert werden. Sie betrachtet mangelnde Sprachkompetenz als ein so schwerwiegendes Handicap, dass sie das Kindeswohl gefährdet sieht.

Gefragt nach der Situation an den Hochschulen und dem Frauenanteil bei den Professuren betonte Sandra Scheeres: „Wir können auf das Erreichte stolz sein und auch die guten Quoten.“ Weiterhin würden Anreizsysteme wie das Dual Career Center und die gezielte Unterstützung von förderbaren Forschungsprojekten gesetzt. Perspektivisch sei auch eine hochkarätige Ansiedlung von Institutionen am Campus Tegel (früheres Flughafenareal) in Vorbereitung. In der Senatsverwaltung selbst werden Genderaspekte proaktiv umgesetzt. Der Personalrat ist dafür sensibilisiert, um den Frauenanteil in Führungspositionen weiter anzuheben.

Um Berufstätigkeit mit der Familienverantwortung zu vereinbaren, bietet die Senatsverwaltung konkret Heimelektarbeitsplätze und ein Familienzimmer an. Die Personalentwicklung bereitet ab der Ebene der Abteilungsleitungen systematisch auf den Genera-



tionenwechsel in der Behörde vor. Die Elternzeit wird auch von männlichen Beschäftigten angenommen, wenn auch kürzer als bei weiblichen. Im Vergleich zu den skandinavischen Staaten sieht die Senatorin hier noch Handlungsbedarf. Mögliche Gründe liegen im Mentalitätsunterschied, dem von Männern befürchteten Karriereknick und der steuerlichen Ungleichbehandlung sowie beim noch vorherrschenden Familienernährermodell. Frau Scheeres, die jetzt mit einem ausschließlich weiblichen Büroteam arbeitet, machte deutlich, dass sie als langjährige SPD-Politikerin und Abgeordnete hinter dem kinder- und familienfreundlichen Leitbild ihrer Partei stehe. Dieses spiegele sich sowohl im Wahlprogramm als auch im Koalitionsvertrag wider. Tatsächlich habe Berlin einen Standortvorteil durch die gute Kinderbetreuungssituation. Die Zufriedenheit von Familien und Firmen unterstreiche dies. Die Folgen durch das Betreuungsgeld weiss sie noch nicht abzuschätzen, da Beispiele wie in Thüringen und Schweden keine klare Prognose zuließen.

Frau Scheeres betonte, wie wichtig und wertvoll für sie der Dialog mit Akteurinnen der Zivilgesellschaft sei. Abschließend verständigten sich die LFR-Vertreterinnen – **Regina Seidel**, **Juliane von Friesen** und **Anne Kräuchi** – mit der Senatorin darauf, im Gespräch zu bleiben.

Text: Anne Kräuchi

*Internet-Infos:
www.berlin.de/sen/bjw*

*Der LFR Berlin ist im Berliner Beirat für Familienfragen vertreten, der der Senatsjugendverwaltung zugeordnet ist. Mehr Infos unter:
www.familienbeirat-berlin.de*

Neue Stadtälteste

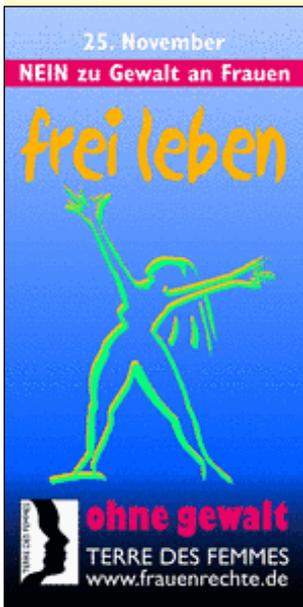
Stadtälteste können Berlinerinnen und Berliner werden, die über 20 Jahre Wahl- oder Ehrenämter bekleidet haben und nicht jünger als 65 Jahre sind. Vorschlagsrecht haben das Abgeordnetenhaus, der Senat, die Bezirksämter und die Bezirksverordnetenversammlungen.

- Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und Parlamentspräsident Ralf Wieland haben Mitte Dezember an sechs Berliner Persönlichkeiten die Stadtältestenwürde verliehen. Geehrt wurden: Bundesministerin a.D. Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a.D. Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Franziska Eichstädt-Bohlig, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, Staatssekretär a.D. Werner Heubaum sowie Bürgermeister a.D. Wolfgang Lüder.

20 Jahre Frauenbeirat

- Auf 20 Jahre Einbringen von Frauensichten und Fraueninteressen vor, in und nach B-Planverfahren können die Aktiven des Frauenbeirates Stadtplanung im Bezirk Mitte zurückblicken. Grund genug für eine Feierstunde Ende November im Treffpunkt Inselgalerie. Frauen aus Mitte, die in dem Frauenbeirat Stadtplanung mitarbeiten möchten, können sich an die Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks, Kerstin Drobick (Mail: kerstin.drobick@ba-mitte-berlin.de), wenden.

25. November: Menschenhandel bekämpfen



Internet-Info:
www.frauenrechte.de

- Anlässlich des Internationalen Tages „Nein zu Gewalt an Frauen“ am 25. November wehte an vielen Orten in Berlin die Aktionsfahne von Terre des Femmes – auch vor dem UCW, wo die LFR-Vorsitzende **Regina Seidel** in Anwesenheit der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten **Christine Rabe** die Fahne aufzog. Die Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus haben zu diesem Tag einen Antrag zur Bekämpfung des Menschenhandels eingebracht. Ziel des Antrages sei es, „den Opfern des weltweiten Menschenhandels unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine Perspektive für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu eröffnen“, erläuterte **Anja Kofbinger**, die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Es gehe darum, „dass die entrechteten Menschen, die zu drei Viertel Mädchen und Frauen sind, in Berlin einen angemessenen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung, Arbeit und juristischer Vertretung bekommen“, so Kofbinger. „Dies wurde in den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, die den Bundestag und den Bundesrat bereits durchlaufen haben, festgelegt. Nun müssen auch in Berlin Taten folgen. Im April nächsten Jahres läuft die zweijährige Umsetzungszeit für die Richtlinie des Europäischen

Parlamentes und des Rates zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer aus.“

Evrin Sommer, die frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, und **Antje Schiwatschew**, Vorstandsmitglied im Landesvorstand der Linken in Berlin, betonten ebenso: „Menschenhandel ist ein Verstoß gegen die Würde und Unversehrtheit der Menschen und gehört zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen. Betroffene haben Anspruch auf Schutz, würdige Behandlung und Wiedergutmachung.“ Sie müssten von Staats wegen unterstützt werden und bräuchten für eine gesicherte und selbstbestimmte Zukunft einen sicheren Aufenthaltstitel. „Nur darüber erhalten sie umfassende medizinische Versorgung, psychotherapeutische Beratung, Zugang zu Bildung und Arbeit. Nur dann sind sie in der Lage ihre Rechte auf Schadensersatz in Deutschland auch durchzusetzen“, so die beiden Politikerinnen der Linkspartei.

Sie teilten ferner mit, dass sich ihre Partei der Kampagne von Terre des Femmes „Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution. Jetzt!“ anschließen werde und in den kommenden Monaten Unterschriften dafür sammeln wolle.

Am 1. Weltmädchentag eroberten Mädchen den Alice-Salomon-Platz. Stefan Komoß, Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf begrüßte sie: „Mädchen bewegen die Welt und deshalb ist es wichtig, dass die ganze Welt sie beim ersten UN-Weltmädchentag in den Mittelpunkt stellt. Mädchen müssen sich in Deutschland anderen Herausforderungen stellen, als in anderen Ländern der Welt. Immer aber müssen sie ihren Weg unter besonderen Belastungen finden. Sie dabei zu unterstützen und zu stärken ist unsere Aufgabe.“



20 Jahre üpfi - der LandesFrauenRat gratuliert

◆ „EIN BLICK ZURÜCK NICHT OHNE STOLZ“ ist die Ausstellung überschrieben, mit der die Überparteiliche Fraueninitiative: Berlin – Stadt der Frauen e.V. kurz: ÜPFI auf 20 Jahre Aktivitäten und Aktive zurückblickt. Die Initiative geht auf eine Idee der frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen im Abgeordnetenhaus und von Senatorinnen zurück, die sich 1992 mit Vertreterinnen von Gruppen und Projekten außerhalb des Parlaments zusammenschlossen. Die Politikerinnen wollten ihre frauenpolitische Wirksamkeit erhöhen, weil sie als Einzelkämpferinnen und in ihren Fraktionen oftmals an Grenzen stießen. „Wir entschieden uns zu dem Versuch einer überparteilichen Zusammenarbeit zu ausgewählten und abgestimmten Themen und Anlässen“, so ÜPFI-Sprecherin **Carola von Braun**. „Schnell war klar, dass wir – um politische Öffentlichkeitswirkung und um die Unterstützung der Berliner Frauenszene zu gewinnen – die Berliner Senatorinnen und aktive Frauen aus den Frauenprojekten, aus der Wissenschaft und den großen Verbänden gewinnen mussten.“ Mitgründerinnen waren **Ingrid Holzhüter** (SPD), **Irina Schlicht**

(CDU), **Elke Herer** (PDS) und **Sybill Klotz** (Bündnis 90/Die Grünen/AL/UFV), unterstützt von **Christine Bergmann**, Senatorin für Arbeit und Frauen, Justizsenatorin **Jutta Limbach** und ihrer Nachfolgerin **Lore Maria Pessel-Gutzeit** sowie Sozialsenatorin **Ingrid Stahmer**.

Die Ausstellung in der Wandelhalle des Abgeordnetenhauses zeigt, mit welchen grundlegenden und für die Entwicklung von gleichstellungspolitischen Strukturen wichtigen Themen sich die ÜPFI seit 1992 beschäftigte, oft lange bevor die parlamentarische Arbeit sie aufgegriffen hat. Die ÜPFI reagierte vielfach auf aktuelle Anlässe, äußerte sich zu neuen politischen Schwerpunkten und aktuellen Fragestellungen – oft mit eigenen thematischen Veranstaltungen. Das Gros der Aktivitäten wurde von der ÜPFI allein gestemmt, für einen Teil der Arbeit agierte sie zusammen mit Bündnispartnerinnen. Noch bis zum 15. Januar 2013 kann die ÜPFI-Ausstellung montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr besichtigt werden. Bei Plenarsitzungen ist sie ab 12 Uhr geschlossen, feiertags sowie an Heiligabend und Silvester ist sie gänzlich nicht geöffnet.

Die LFR-Vorsitzende Regina Seidel hat der ÜPFI herzlich zu ihrem runden Geburtstag gratuliert: „Wer hätte 1992, als Parlamentarierinnen und Senatorinnen die Überparteiliche Fraueninitiative gründeten und Berlin als Stadt der Frauen ausriefen, gedacht, dass dieses Bündnis so lange hält und diese Wirkung entfalten kann! Sie sind seit 20 Jahren ein wichtiges Sprachrohr und vielfältiges Netzwerk, das die Stimmen der Frauen in der Berliner Öffentlichkeit hörbar macht – getreu der Aufforderung der in unserer Stadt wirkenden Frauenrechtlerin Minna Cauer ‚Vollendet, was wir begonnen!‘.“

Internet-Infos:
www.berlin-stadtderfrauen.de

Das Dual Career Netzwerk Berlin

vorgestellt von
Dr. Christine Kurmeyer



Die Autorin ist seit 2011 Leiterin des Dual Career Netzwerks Berlin, das sie gemeinsam mit zwei Kolleginnen aufgebaut hat. Die promovierte Sozialpsychologin engagiert sich ehrenamtlich beim Soroptimist International-Club Berlin-Mitte und arbeitet als dessen Delegierte aktiv beim LFR Berlin mit.

Internet-Infos:
www.dualcareer-berlin.de

♦ Seit eineinhalb Jahren unterstützt das Dual Career Netzwerk Berlin (DCNB) Doppelkarrierepaare aus der Wissenschaft bei ihrem beruflichen Neustart in der Hauptstadt. Eine Besonderheit des DCNB liegt darin, dass es als eine gemeinsame Initiative aller Berliner Hochschulen ins Leben gerufen worden ist. Mit den Hochschulen als Mitgliedern und unterstützt von den für Frauen und Wissenschaft zuständigen Senatsverwaltungen strebt das Netzwerk gezielt Kooperationen mit anderen Forschungseinrichtungen, Behörden und Wirtschaftsunternehmen an – für das kommende Jahr ist bereits eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der IHK geplant. Auch die Kooperation mit Brandenburg soll zukünftig stärker angeregt werden.

Initiiert und gefördert wurde die Einrichtung im ersten Jahr durch den Masterplan Ausbildungsoffensive der früheren Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und wird aktuell unterstützt vom Berliner Chancengleichheitsprogramm.

Der Aspekt der Gleichstellungsförderung ist fest verankert im Selbstverständnis des DCNB. Wie die Fallstatistik des DCNB eindeutig zeigt, sind es noch immer zumeist die Frauen, die dem Mann berufsbedingt folgen und damit einen Einbruch in ihrer eigenen beruflichen Karriere erfahren – drei Viertel der vom DCNB Beratenen sind derzeit Frauen. Ein großes Anliegen des DCNB ist es daher, diesen hochqualifizierten Frauen als Partnerinnen von zum Beispiel neuberufenen ProfessorInnen berufliche Perspektiven in Berlin aufzuzeigen und Wege zu ebnet. Ziel ist es, damit auch den Anteil weiblicher Fach- und Führungskräfte in der Hauptstadtregion langfristig zu erhöhen.

In der alltäglichen Arbeit bietet das DCNB in erster Linie Unterstützung bei der eigenen Stellensuche und verschiedene Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit relevanten Personalentscheidenden in Wissenschaftseinrichtungen und Firmen. Darüber

hinaus können ein Qualifikationsprofil erstellt und veröffentlicht sowie auch Hinweise auf freie Stellen verschickt werden. Zentraler Punkt ist dabei immer die persönliche und individuelle Beratung, die sich an den Wünschen und Zielen der Neu-Berlinerinnen und Neu-Berliner orientiert. Weitere Informationen werden oft auch in aufbereiteten Informations-Packages über die Homepage des DCNB weitergeleitet. Seit der Gründung hat das DCNB schon mehr als 80 Paare persönlich beraten und kann bereits auf über 20 erfolgreiche Stellenvermittlungen sowie Begleitungen bei der beruflichen Neu-Orientierung verweisen.

Der öffentliche Auftritt des DCNB richtet sich von Anbeginn auch an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland, um zu signalisieren, dass Ihre Expertise in Berlin bewusst erwünscht ist. Auf diese Weise wird die auch in der Wissenschaft immer internationaler ausgerichtete Politik Berlins unterstützt. Eine durchweg bilingual gestaltete Website sowie die Garantie, die Beratung immer auch auf Englisch halten zu können sowie stets aktuelle Informationen zu Immigration, englischsprachigen Einrichtungen in der Hauptstadt sowie interkulturelle Bewerbungshinweise gehören zum Standard des DCNB-Beratungskatalogs. Um in der Einzel-Beratung erfolgreich vermitteln zu können, sind Pflege und Ausbau des Netzwerks, die Präsentationen des DCNBs in anderen Institutionen und eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit grundlegend. Die Tätigkeit des DCNBs stößt bei den betroffenen Doppelkarrierepaaren auf große Zustimmung und dies nicht erst dann, wenn eine Vermittlung erfolgreich stattgefunden hat. Allein die Tatsache, eine kompetente zentrale Anlaufstelle bei der Übersiedlung nach Berlin vorzufinden, entlastet viele bei diesem Schritt merklich. Für 2013 plant das DCNB zudem die Einführung eines Round Table-Gesprächs zum informellen Erfahrungsaustausch für die Doppelkarrierepaare

Kulturwandel? Diversity 2012

♦ Ein Grußwort von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** und Reden von Politikerinnen wie Bundesministerin **Kristina Schröder**, Staatsministerin **Maria Böhmer** und der Berliner Arbeits-, Integrations- und Frauensensorin **Dilek Kolat**. Da wollte die Wirtschaft offenkundig nicht zurückstehen und entsandte zur Diversity-Konferenz Anfang November in Berlin den Vorstandsvorsitzenden von BP Europe, **Michael Schmitz**, das Siemens-Vorstandsmitglied **Brigitte Ederer**, die frühere Richterin des Bundesverfassungsgerichts **Christine Hohmann-Dennhardt**, aktuell Mitglied des Vorstandes von Daimler, und **Marion Schick**, Vorstandsfrau der Deutschen Telekom, eines der ganz wenigen Großunternehmen in Deutschland, das sich selber eine Frauenquote von 30 Prozent verschrieben hat. Mit diesen Topvertreterinnen und -vertretern hatten namhafte Unternehmen, drei davon DAX-Schwergewichte, eine erste Forderung Böhmers erfüllt: „Diversity Management ist Chefsache.“ Die 2006 gegründete und bei ihr angesiedelte Charta der Vielfalt haben inzwischen 1.300 Firmen, Behörden und Organisationen unterzeichnet, darunter der LFR Berlin. Böhmer bekannte sich auch zur gesetzlichen Quote in Aufsichtsräten von zunächst 30, in einem weiteren Schritt von 40 Prozent. Sie wollte sich allerdings nicht festlegen, ob die Quote ausschließlich für DAX-Unternehmen gelten sollte oder auch für mitbestimmte Unternehmen, also solche mit über 2.000 Beschäftigten unabhängig von deren Rechtsform. Eindeutig gegen bindende gesetzliche Vorgaben sprach sich einmal mehr Kristina Schröder aus, die mit der von ihr propagierten „Flexiquote“, einer freiwilligen Selbstverpflichtung, auf wenig Zustimmung bei den rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stieß. Mehr Beifall erhielt Dilek Kolat, die sich zum einen unmissverständlich zu einer gesetzlichen Frauenquote bekannte, zum anderen betonte, dass Diversity

nicht nur eine Geschlechterfrage sei. Sie wies darauf hin, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Hauptstadt bereits heute 25 Prozent betrage, unter Jugendlichen sogar 40 Prozent. Es dürfe und könne in der Zukunft nicht mehr sein, dass Bewerberinnen und Bewerber allein wegen ihres fremdklingenden Namens nicht in die engere Auswahl bei Stellenbesetzungen kämen. „Diversity“, sagte sie, „ist kein Feinschmeckerthema“, was im Umkehrschluss nur bedeuten kann, dass Vielfalt spätestens morgen unser Grundnahrungsmittel sein wird. Wer sich weigert, dies zu akzeptieren, muss wohl verhungern.

Verhungern musste am Abend übrigens niemand: Am Askanischen Platz, wohin der „Tagesspiegel“ eingeladen hatte, gab es 20 Gerichte aus 20 verschiedenen Ländern. Das war eine gelungene Demonstration von Vielfalt.



charta der vielfalt

Autorin:
Juliane von Friesen

Werkstattgespräch: Frauen in Aufsichtsräten

♦ Das Harriet Taylor Mill-Institut der HWR Berlin beginnt das Jahr 2013 mit einem Werkstattgespräch zum Thema „Mit der HWR an die Spitze – Strategische Kompetenz für Frauen in Aufsichtsräten“. Die Veranstaltung findet ab 18:30 Uhr an der HWR Berlin, Campus Schöneberg statt. Mit Expertinnen wird diskutiert, wie ein exklusiv für künftige Aufsichtsrätinnen entwickeltes Weiterbildungsprogramm zugeschnitten sein müsste, um sie auf dem Weg an die Spitze zu unterstützen: Welche Weiterbildungsinhalte benötigen potentielle Aufsichtsrätinnen? Welche strategischen Kompetenzen, Werkzeuge und Seilschaften beschleunigen den Aufstieg?

Die Diskussion wird nach einer Begrüßung durch HWR-Vizepräsidentin Prof. Dr. Friederike Maier mit einer Präsentation erster Arbeitsergebnisse aus dem Projekt „Strategische Kompetenz für Frauen in Aufsichtsräten“ von Dr. Karin Reichel, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Harriet Taylor Mill-Institut, eingeleitet. Anschließend sollen Statements zum Thema die gemeinsame Diskussion anregen. Im Anschluss wird die Ausstellung „In der Vielfalt erfolgreich - Gleichstellungspolitik an Berliner Hochschulen“ vom Berliner Programm zur Förderung der Gleichstellung für Frauen in Forschung und Lehre eröffnet.

Informationen per Mail an harrietinstitut@hwr-berlin.de sowie im Internet: www.harriet-taylor-mill.de

Frauen in Führung - Bilanz der Aktionärinnen

♦ Am 28. November 2012 stellte der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) seine aktuelle Projektstudie „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ vor. In diesem Jahr war der Verband zu Gast im Allianz-Forum am Pariser Platz. So höflich sich djb-Präsidentin **Ramona Pisal** für die Einladung in die imposante Rotunde am Brandenburger Tor auch bedankte, so kritisch äußerte sie sich zur Situation der Frauen beim Münchener Versicherungskonzern. Dabei hat dieser unter den 30 DAX-Unternehmen fast schon Vorzeigestatus: Mit **Helga Jung** ist dort nach 121 Jahren Anfang 2012 zum ersten Mal eine Frau in den Vorstand eingerückt. Sie verantwortet ein äußerst wichtiges, umfangreiches Ressort: Die studierte und promovierte Betriebswirtschaftlerin ist zuständig für das Versicherungsgeschäft in Spanien, Portugal und Lateinamerika, ferner für Fusionen, Übernahmen und strategische Beteiligungen sowie für Recht und Compliance. Auch sonst muss sich die Allianz in der Runde der DAX-Riesen nicht verstecken. Sie ist eines von zwei Großunternehmen, das sich selbst eine 30 Prozent-Genderquote in allen Führungsebenen verordnet hat. Daneben hat es - wie **Daniela Breidbach**, HR-Direktorin bei der Allianz Deutschland AG, nicht ohne Stolz berichtete - ein Programm aufgelegt, wonach Müttern, die wegen Elternzeit vorübergehend aus ihrem Führungsjob ausscheiden, mindestens für ein halbes Jahr die Rückkehr auf ihre alte Stelle garantiert wird. Ob das ausreicht, wird sich in der Praxis erweisen müssen. Die Regelung gilt im Übrigen natürlich auch für Väter, die sich zeitweise ausschließlich um ihren Nachwuchs kümmern wollen.

Nach der Personalmanagerin der Allianz stellten **Renate Augstein**, Leiterin der Abteilung Gleichstellung und Chancengleichheit im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), und die Referatsleiterin Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer im selben Ministerium, **Angela Icken**, gleichstellungspolitische Vorhaben und Studien vor. Die ehemalige TAZ-Chefin **Bascha Mika** schilderte die äußerst unbefriedigende Situation von Journalistinnen insbesondere in den Printmedien, wo ein Aufstieg zur Chefredakteurin immer noch einer Sensation gleichkäme. Deshalb hätten sich 2012 Publizistinnen und Journalistinnen aus allen Bereichen zusammengetan und den Verein ProQuote Medien gegründet. Wie am Rande der Veranstaltung zu erfahren war, wird es demnächst auch einen Nachahmer bei den Ärztin-

nen geben: ProQuote Medizin befindet sich in der Gründungsphase.

Ansonsten war die Bilanz, die Ramona Pisal im Hinblick auf gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Karrierechancen und Führungspositionen in der Praxis zog, eher ernüchternd: 93 Prozent der 191 Vorstandsposten der DAX-Unternehmen sind aktuell mit Männern besetzt, nur 14 Frauen sitzen derzeit 177 Männern gegenüber. Deshalb haben die Präsidentin und andere djb-Frauen auch 2012 wieder 76 Hauptversammlungen börsennotierter Aktiengesellschaften besucht und von ihrem Auskunftsrecht als Aktionärinnen Gebrauch gemacht. Die Fragen zielten dabei insbesondere auf das vollständige Fehlen bzw. die unzureichende Repräsentanz von Frauen im Aufsichtsrat vor allem auf Anteilseignerseite, im Vorstand und in Führungspositionen ab. Auch 2013 wollen die djb-Frauen wie jedes Jahr seit 2009 zahlreiche Hauptversammlungen besuchen und ihre kritischen Fragen stellen. „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ wird vom BMFSFJ gefördert. Überflüssig wird die Aktion in den kommenden Jahren sicher nicht werden.

Autorin: Juliane von Friesen

Studie „Managerinnen 50plus“

♦ Mit Anfang 50 haben Beschäftigte noch viele Jahre Berufstätigkeit vor sich. Führungskräfte können in diesem Alter die Weichen für die Karriere noch einmal neu stellen. Doch Frauen starten oftmals nicht durch, ihre Karriere stagniert ohne Aussicht auf eine Spitzenposition in Vorstand oder Aufsichtsrat. Die fehlende Anerkennung ihrer Leistungen führt zur großen beruflichen Unzufriedenheit, auf die Managerinnen mit Kampf, Resignation oder Ausstieg reagieren. So lautet das Fazit der Studie „Managerinnen 50plus: Karrierekorrekturen beruflich erfolgreicher Frauen in der Lebensmitte“, die der EWMD im Oktober präsentierte. Danach nehmen rund 40 Prozent der Befragten den Kampf gegen die verkrusteten Strukturen innerhalb des Unternehmens auf und versuchen, die „gläserne Decke“ von innen heraus aufzubrechen. 30 Prozent resignieren und machen nur noch „Dienst nach Vorschrift“, was einer inneren Kündigung entspricht. Die restlichen 30 Prozent sind „Aussteiger“, machen sich selbstständig oder gehen in ein neues Unternehmen – ihr Wissen und ihre Erfahrungen nehmen sie dabei mit.

Die Studie ist im Service-Portal auf www.bmfsfj.de zu finden.

LFR Bayern: „Mehr Frauen in die Parlamente!“

♦ Der Bayerische Landesfrauenrat hat sich jetzt in einer Resolution für die Verankerung von Quoten in der Wahlgesetzgebung ausgesprochen. Es müsse erklärtes Ziel sein, dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen in den Parlamenten vertreten sind, heißt es darin. Die Landesregierung soll das Kommunal- und das Landtagswahlgesetz entsprechend ändern und eine Bundesratsinitiative starten,

um Frauen den gleichen Zugang zu Wahlmandaten zu garantieren wie Männern.

Unter dem Motto „Halbe Kraft reicht nicht“ hatte schon der Landesfrauenrat Baden-Württemberg im Frühjahr eine Kampagne gestartet mit dem Ziel, dass je 50 Prozent Frauen und Männer nach dem Reißverschlussprinzip auf den Kandidaturlisten vertreten sind.

Alle Stellungnahmen des Bayerischen Landesfrauenrates sind zu finden unter <http://www.stmas.bayern.de/frauenrat/index.php>

Themeninfos des LFR Baden-Württemberg zur „Halbe Kraft“-Kampagne: <http://www.landesfrauenrat-bw.de/themen.php>



Resolution im Wortlaut:

„Halbe Kraft reicht nicht - mehr Frauen in die Parlamente!“

In den Kommunalparlamenten, in den Bezirkstagen, im Landtag und im Bundestag sind Frauen immer noch unterrepräsentiert. Dies verstößt gegen Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz, welcher klarstellt, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind und dem Staat den Auftrag erteilt, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

Der Bayerische Landesfrauenrat hält es für nicht länger hinnehmbar, dass die Hälfte der Bevölkerung bei der Mitgestaltung politischer Entscheidungen benachteiligt wird! Frauen müssen daher durch einen Anteil an der Bevölkerung entsprechende Beteiligung in allen politischen Gremien endlich in die Lage versetzt werden, ihre Belange in die politische Debatte angemessen und aus ihrem eigenen Blickwinkel heraus einbringen zu können.

Der Bayerische Landesfrauenrat fordert die Bayerische Landesregierung vor diesem Hintergrund auf, das Kommunalwahl- und das Landtagswahlge-

setz dahingehend zu ändern, dass die Wahlchancen von Frauen verbessert werden, etwa durch eine alternierende paritätische Berücksichtigung von Frauen und Männern bei der Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen.

Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, die Wahlgesetze bundeseinheitlich zu ändern, damit Frauen ebenso wie Männern der gleiche Zugang zu Wahlmandaten garantiert wird. Insbesondere sollen die politischen Parteien bereits im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehenden Wahlen ermuntert werden, alle Wahlkreise alternierend sowohl mit einer Frau als auch mit einem Mann zu besetzen. Die Nichterfüllung der Quote muss Sanktionen nach sich ziehen (z. B. Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung oder Nichtzulassung von Wahllisten).

Es muss erklärtes Ziel sein, dass in den Parlamenten Frauen und Männer zu gleichen Teilen vertreten sind!

München, 29. November 2012

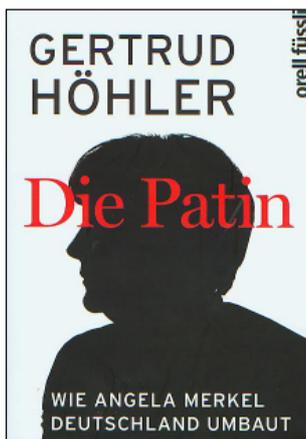
Die Schwesterorganisation des LFR Berlin in Bayern hat sich aktuelle zu weiteren Themen positioniert und fordert unter anderem eine familien- und frauenfreundliche Steuerpolitik, die einen Beitrag dazu leistet, dass sich Frauen eine eigenständige Existenzsicherung aufbauen können. Sie fordert ferner die gesellschaftliche Anerkennung der bei der Familienarbeit erworbenen Kompetenzen.

Frauenbilder = ungleiche Bilder



Margreth Lünenborg, Jutta Röser (Hg.): *Ungleich mächtig. Das Gendering von Führungspersonen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Medienkommunikation*. transcript Verlag, Bielefeld 2012, 26.80 Euro.

Starke Kanzlerin durch „System M“



Gertrud Höhler: *Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut*. Orell Füssli Verlag, Zürich 2012. 21.95 Euro.

♦ Politik wird vor allem in den Medien und vor allem über Personen vermittelt. Wer gewinnt schon seinen Eindruck von Politikerinnen und Politikern durch eigene Anschauung? Doch mit der Darstellung der handelnden Personen in Wort, Bild und Ton gewinnt auch deren Geschlecht Konturen. Ähnlich ergeht es auch Unternehmerinnen und Unternehmern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, selbst wenn diese weniger als die Kolleginnen und Kollegen in der Politik im Fokus der Medien stehen. Zwei ausgewiesene Fachfrauen, Margreth Lünenborg, FU-Professorin für Journalistik, und ihre Kollegin Jutta Röser, Professorin für Kommunikationswissenschaften, haben die mediale Repräsentation von Spitzenfrauen und -männern in diesen Bereichen analysiert. Die Beiträge in dem Band dokumentieren die Ergebnisse des gemeinsam verantworteten Forschungsprojekts „Spitzenfrauen im Fokus der Medien“ und fragen danach, wie mit und durch Medien geschlechtsgebundene Bilder

♦ Das „System M“ funktioniert, das steht fest, denn trotz aller Kritik und politischer Gefechte inner- und außerhalb der CDU führt Angela Merkel als starke und keineswegs amtsmüde Kanzlerin ihre Partei in den Bundestagswahlkampf 2013. Deutlich vom Wahltermin abgerückt, aber doch nicht so weit, dass es nicht die Debatte mitbestimmen könnte, sorgt Gertrud Höhlers „Die Patin“ für Schlagzeilen. Wirklich eins sind sich die Rezensenten nicht: Zwar kritisiere Höhler Handlungen und Strategien der Kanzlerin teils zurecht. Andererseits agiere sie mehr mit Vorwürfen als Argumenten und verlaufe sich in Mutmaßungen über das „System M“. Wie aber funktioniert dieses System? Mal liberal, mal konservativ, dann wieder christlich-sozial oder gar mit sozialdemokratischem Touch. Die Kanzlerin lässt sich nicht festlegen. Vielmehr bedient sie sich entsprechend der politischen Stimmung und Aktualität der Kernbotschaften anderer Par-

von Macht und Einfluss hergestellt werden. Befunde aus quantitativer Inhaltsanalyse, qualitativer Textanalyse, Bildanalyse, Gruppendiskussionen sowie Befragungen von Journalistinnen und Journalisten zeigen Tendenzen der Darstellung von Frauen und Männern in den Medien auf. Sie sind, so der Buchtitel, „ungleich mächtig“. Deutlich mehr Männer dominieren Wort, Bild und Ton. Doch es gibt auch einen „Kanzlerin-Effekt“: Die Kanzlerin ist die am häufigsten auftretende Person im Vergleich zu den weiblichen und den männlichen Kollegen. Sie allein treibt den Frauenanteil bei der Berichterstattung in die Höhe. Und auch dadurch geraten traditionelle Vorstellungen von Frauen und Männern in Bewegung.

Das aufschlussreiche Buch ist in der verdienstvollen Reihe „Critical Media Studies“ im transcript Verlag erschienen, die Lünenborg und Röser gemeinsam mit den bekannten Medienwissenschaftlerinnen Elisabeth Klaus und Ulla Wischermann herausgeben.

teien ohne sich zu deren Werten zu bekennen. Sie ist die „Patin“, die unsichtbar die Fäden zieht, um ihren Machterhalt zu sichern. So nivelliert Deutschlands populärste Politikerin allmählich die politischen Institutionen und etabliert eine zentralistische Regentschaft – Merkels neues Deutschland. Einen Vorabdruck ihres Buches hatte Höhler in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) veröffentlicht. Zufall? Angela Merkel hatte 1999 ihre Abrechnung mit Altkanzler Kohl eben dort drucken lassen. Merkel und Höhler auf Augenhöhe?

Wer sich einen wirklichen Blick hinter die Kulissen erhofft, wird von der Lektüre wohl eher enttäuscht sein. Gleichwohl ist das Buch eine Perspektive, die Beachtung verdient, weil viele Wählerinnen und Wähler die Politik nicht mehr verstehen und Unterschiede zwischen den Parteien nicht mehr ausmachen können. Am Ende muss sich wohl jede Leserin selbst ein Urteil bilden, ob dies am „System M“ liegt.

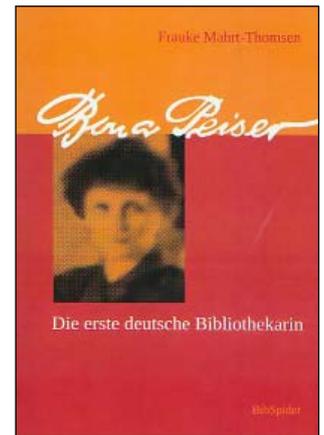
Erste Bibliothekarin. Im Gegensatz zu den Public Libraries in den anglo-amerikanischen Ländern fristeten die in Berlin seit 1850 vorhandenen öffentlichen Bibliotheken ein kümmerliches Dasein und wurden in Schulen ehrenamtlich von Lehrern betreut. Bona Peiser (1864 - 1929) beschloss, das zu ändern und ließ sich unter anderem bei Fachstudien in England ausbilden. „Kann man in der Tat von der Bibliothekarin in Deutschland als von einem neuen Frauenberufe sprechen?“, fragte sie später in einem Artikel. Die Bibliothek war noch lange eine Männerdomäne und Bona Peiser als die erste Bibliothekarin Deutschlands eine Ausnahme. Frauke Mahrt-Thomsen, die das Leben und Wirken der in Berlin geborenen Tochter eines jüdischen Verlagsbuchhändlers für uns nachzeichnet, spricht von einer „immer

Gender und Gesundheit. Psychische Belastungen in der Arbeitswelt gewinnen an Bedeutung. In der Gesundheitsforschung und -praxis beginnen sich geschlechtersensible Ansätze zu etablieren. Beide Aspekte zusammengenommen bilden die Basis für die Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, die zielgenaue Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und zum Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen zu ermitteln sucht. Ausgehend von den Genderstudies – ordentlicher Theorie-Überblick – stehen Bilder, Vorstellungen und Bewertungen von Geschlecht im Fokus. Die so in drei Betrieben erhobenen Geschlechterrollenbilder fließen in die Praxis ein, die zugleich auf die Verbesserung der Belastungssituation wie auf die Veränderung der Geschlechterverhältnisse hinwirken will. Das ist ambitioniert, aber für die Beschäftigten ein Glücksfall. Empfehlenswert für Aktive im Feld „Gender – Gesundheit“ sowie für Betriebspraktikerinnen. Michael Gümbel, Sonja Nielbock: *Die Last der Stereotype. Geschlechterrollenbilder und psychische Belastungen im Betrieb.* Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2012, 28 Euro.

noch vorherrschenden androzentrischen Mentalität im bibliothekarischen Berufsstand“ – und die Gründung der Arbeitsgruppe „Gender in Bibliotheken“ beim Bibliothekstag im Mai 2012 (!) scheint dafür zu sprechen.

Die Betrachtung der Biografie Peisers, ihres Eintretens für Frauenrechte, ihrer Vorträge zur Volksbildung und der vielen Originaldokumente bietet Einblicke in die Anfänge der Lesehallenbewegung, die Peiser als Leiterin der Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur und der Bibliothek des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte (VAW) von 1895 maßgeblich mitgestaltete. Der Bezirk Kreuzberg ehrte sie, als er 1994 die Stadtteilbibliothek in der Oranienstraße nach ihr benannte, die die sachkundige Autorin viele Jahre leitete. Absolut Lesenswert.

Frauenkarrieren. Einen kenntnisreichen Überblick über den Forschungsstand zu Frauen in Führungspositionen gibt der von Prof. Dr. Gertraude Krell – 2003 mit dem Margherita-von-Brentano-Preis der FU ausgezeichnet – und ihren Kolleginnen des Ökonominen-Netzwerks efas herausgegebene Sammelband: *Wie und warum Frauen ins Topmanagement gelangen, wer wie am besten die Steigbügel hält oder wer ihnen warum auf welche Weise Hindernisse in den Weg legt.* Neuerdings geht es dabei nicht mehr nur um die „Frauenfrage“, sondern vielmehr die „Geschlechterfrage“, aber zunehmend auch die „Organisationsfrage“ und schließlich die „Machtfrage“, wovon vielfältige und widerstreitende Begründungen zeugen. So zeigen die Beiträge Teile eines differenzierteren Gesamtbildes auf, das von Einkommensdifferenz über Verhandlungsstile und Aufsichtsrätinnen bis zur Mikropolitik im Management reicht. Gertraude Krell, Daniela Rastetter, Karin Reichel (Hg.): *Geschlecht macht Karriere in Organisationen. Analysen zur Chancengleichheit in Fach- und Führungspositionen.* edition sigma, Berlin 2012, 16.90 Euro.



Frauke Mahrt-Thomsen: *Bona Peiser. Die erste deutsche Bibliothekarin. Wegbereiterin der Bücher- und Lesehallenbewegung und der Frauenarbeit in Bibliotheken.* BibSpider, Berlin 2013. 19 Euro.



Buchvorstellungen auf diesen beiden Seiten: Sabine Röhrbein



Neue DF-Vorsitzende Hannelore Buls

Anlässlich der Diskussionen um eine Lebensleistungsrente und angesichts der aktuellen oder drohenden Altersarmut vieler Frauen hat die DF-Mitgliederversammlung einen Offenen Brief an die Vorsitzenden von Parteien und Fraktionen geschickt. Darin sind bereits bestehende Forderungen für eine gleichstellungspolitisch faire Alterssicherungspolitik gebündelt, wie zum Beispiel die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die soziale Absicherung aller Arbeitsverhältnisse ab der ersten Arbeitsstunde und ein Entgeltgleichheitsgesetz.



**DEUTSCHER
FRAUENRAT**

Mehr Infos zur Mitgliederversammlung sind auf www.frauenrat.de zu finden und auf www.lfr-berlin.de verlinkt.

♦ Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates (DF) wählte am 10. November 2012 **Hannelore Buls** zur neuen Vorsitzenden. Die Sozialökonomin, die bis Anfang 2012 den Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim ver.di-Bundesvorstand leitete, sagte den „Zuverdiener-Traditionalisten“ den Kampf an, heißt es. „Wir müssen den grundsätzlichen Fragen nach Eigenständigkeit bzw. den Subsidiaritätsvorschriften unserer Gesetzgebung nachgehen und uns dafür einsetzen, dass Frauen die Folgen davon nicht länger immer nur allein tragen müssen, wie zum Beispiel durch den Teilleistungscharakter der Pflegeversicherung, wo es zwar ‚Angehörige‘ oder ‚Familie‘ heißt, aber die Frauen praktisch gemeint sind“, erklärte sie bei ihrem Amtsantritt. „Wir müssen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Chancen und Risiken aufspüren, transparent machen und bekämpfen. Die Frauenlobby hat hier eine umfassende und nachhaltige Aufgabe.“ Zum Thema Minijobs sagte die neue DF-Vorsitzende: „Hierin spitzt sich derzeit der aktuelle Kampf zwischen den ‚Zuverdiener-Traditionalisten‘ und der zukunftsorientierten Frauenpolitik zu. Es darf der Wirtschaft und Teilen der Politik nicht länger gelingen, Frauen wesentliche berufliche Teilhaberechte vorzuenthalten, als ‚Aushilfen der Nation‘ schlecht zu bezahlen und von eigenständiger sozialer Absicherung weitgehend auszuschließen und ihnen damit gleichzeitig alle Arbeiten aufzubürden, die als wenig produktiv gelten – in der irrigen Annahme, Frauen würden dies alles freiwillig so wollen, um Kinder haben zu dürfen.“

Gratulation des LFR Berlin

Die Vorsitzende des LFR Berlin, **Regina Seidel**, hat Hannelore Buls in einem Schreiben zu ihrer Wahl beglückwünscht und die weitere Zusammenarbeit angeboten. In dem Schreiben heißt es: „Als in Genderfragen erfahrene Gewerkschafterin und Exper-

tin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bringen Sie die besten Voraussetzungen mit, um die nicht immer leichte Aufgabe der Cheflobbyistin der Frauenorganisationen in Deutschland zu meistern. Die zahlreichen differenzierten Beschlüsse der DF-Mitgliederversammlung wollen mit der Zivilgesellschaft und der Politik diskutiert und konkret im Interesse der Frauen umgesetzt werden. Mit der bevorstehenden Bundestagswahl 2013 ist eine weitere Herausforderung beschrieben, der sich alle Frauenorganisationen, in besonderer Weise aber der Deutsche Frauenrat, stellen muss.“

Weitere Vorstandsfrauen

Die Mitgliederversammlung wählte außerdem die Kauffrau **Mona Küppers** (Deutscher Olympischer Sportbund) und die Kommunikationswissenschaftlerin **Astrid Hollmann** (Deutscher Beamtenbund und Tarifunion) zu stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates. Die fünf Beisitzerinnen sind: die Diplompsychologin **Mechthild von Luxemburg** (Evangelische Frauen in Deutschland), die Diplom-Ingenieurin **Dr. Kira Stein** (Deutscher Ingenieurinnenbund), die Kartografin **Anna-Maria Mette** (Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands) sowie die Diplom-Dolmetscherin und Politikwissenschaftlerin **Brigitte Triems** (Demokratischer Frauenbund) und die Diplom-Agraringenieurin **Lilly Kühnel** (Deutscher Landfrauenverband). Der neue Vorstand wurde für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Hannelore Buls folgt auf **Marlies Brouwers**, die vier Jahre an der Spitze der Frauenlobby stand und nicht mehr wiedergewählt werden konnte. Die Mitgliederversammlung hat ferner für das kommende Jahr ein umfangreiches Arbeitsprogramm beschlossen. Im Vorfeld der Bundestagswahlen 2013 stehen dabei arbeitsmarkt- und sozialpolitische Forderungen auf der DF-Agenda ganz oben.

DBfK will Pflegekammer für Berlin

♦ Die LFR-Mitgliedsorganisation Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Nordost hat angesichts der Vergewaltigungsvorwürfe gegen einen Charité-Pfleger im November dazu aufgefordert, in Berlin eine Pflegekammer zu gründen. „Wir rufen die Pflegenden dazu auf, selbst zur Überwachung der rechtmäßigen Ausübung ihres Berufes beizutragen. Die bisherigen Strukturen des Gesundheitssystems sind unzulänglich“, so der DBfK Nordost. „Selbst nach Abschluss eines strafrechtlichen Verfahrens wird die Berufszulassung relativ selten entzogen“, erläutert der Berufsverband. Für die Gerichte gelte eine Kann-Bestimmung. „Sie sind nicht verpflichtet, die zuständige Behörde zu unterrichten. Ein neuer Arbeitgeber erfährt demnach nicht einmal zwingend von schwerwiegenden Straftaten“, heißt es. Die DBfK-Geschäftsführerin Anja Kistler unterstreicht daher die Forderung nach einer Kammer: „Eine künftige Pflegekammer Berlin würde verbind-

lich berufsethische Vereinbarungen festlegen. Kammern erteilen die Berufszulassung und prüfen im konkreten Fall auch, ob sie entzogen werden muss.“ Die Kammer diene also dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Schädigung und schütze den Beruf und sein Ansehen. Gesundheitssenator Mario Czaja (CDU) habe sich bereits wiederholt für die Einrichtung einer Pflegekammer ausgesprochen. „Wir appellieren an ihn, das Vorhaben massiv voranzutreiben“, so der Berufsverband.

Allerdings müsse es auch innerhalb von Einrichtungen Strukturen geben, die als Frühwarnsystem funktionieren. „Pflegende haben die Verantwortung hinzuschauen. Das gebietet auch der ICN-Ethikkodex für Pflegende. Sobald auch nur der Verdacht aufkommt, dass die pflegerische Versorgung durch eine/n beruflich Pflegenden/n nicht gut und sicher erfolgt, sollten Kolleginnen und Kollegen ein Meldesystem nutzen können“, betont der DBfK.



Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege.

*Internet-Info:
www.dbfk.de/
regionalverbaende/no/
rvno.php*

InVia: Kampf gegen Menschenhandel

♦ Zum 6. Europäischen Tag gegen Menschenhandel veranstaltete die IN VIA Koordinations- und Beratungsstelle für Frauen, die von Menschenhandel betroffen sind, in Potsdam eine Fachtagung zum Thema Menschenhandel mit nigerianischen Frauen. Ziel der Veranstaltung war es, einem Fachpublikum aus Polizei, Staatsanwaltschaft und anderen Behörden sowie Fachberatungsstellen die spezifische Problematik bei der Bekämpfung von Menschenhandel mit nigerianischen Frauen aufzuzeigen und über die kulturellen und religiösen Hintergründe zu informieren. Ebenso standen die polizeilichen Erfahrungen im Umgang mit betroffenen nigerianischen Frauen und die möglichen posttraumatischen Belastungsstörungen der Betroffenen im Fokus der Veranstaltung. Bei den facettenreichen Darstellungen nahm die Voodoo/Juju-Religion in Ni-

geria eine zentrale Rolle ein. Nicht selten müssen Frauen aus Nigeria vor ihrer Reise nach Deutschland einen komplexen Schwur zu absolutem Gehorsam und totaler Loyalität leisten. Damit sind sie einem besonderen Risiko ausgesetzt: Sollten sie beispielsweise im Falle einer Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden den Eid brechen, müssen sie selbst und ihre Familien in Nigeria sogar mit dem Tod rechnen. Dies stellt sowohl die Mitarbeiterinnen der Fachberatungsstellen als auch die Polizeibeamten besonderen Herausforderungen gegenüber. Den Abschluss der Fachtagung bildeten die beispielhafte Falldarstellung und gleichzeitig die Ermutigung zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der Polizei mit den Fachberatungsstellen, aber auch mit anderen staatlichen Institutionen, um den Menschenhandel erfolgreich zu bekämpfen.

Die Bedeutung von Voodoo im Kampf gegen Menschenhandel mit nigerianischen Frauen.

Die Fachreferate wurden von Vertreterinnen von NGOs und der Fachdienststelle zur Bekämpfung von Menschenhandel des LKA Berlin gehalten.





Die LFR-Mitgliedsorganisation *Fraueninitiative Berlin-Warschau e. V.* hat Ende November ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert. Ellen Schnedler, die auch seit vielen Jahren Delegierte in der LFR-Mitgliederversammlung ist und aktiv mitarbeitet, hat bei der Festveranstaltung auf die Anfänge und die Aktivitäten des Vereins zurückgeschaut. Ihren Vortrag hat sie „Wir Berlinerinnen“ zur Verfügung gestellt, so dass wir ihn hier dokumentieren können.

Vielen Dank!

Internet-Info:
www.frauenini-berlin-warschau.de

♦ **Wer sind wir?** Polinnen, die vor der Wende aus politischen Gründen nach Deutschland geflohen sind, Polinnen, die nach der Wende gekommen sind, hier leben, hier studieren oder arbeiten und Deutsche, cirka 25 Frauen mit Berufen wie Ärztin, Architektin, Dolmetscherin, Lehrerin, Sozialpädagogin, evangelische, katholische, auch politisch engagierte Frauen, die den Verein *Fraueninitiative Berlin-Warschau* gegründet haben oder ihm beigetreten sind, weil sie zu einem besseren Miteinander und Verständnis füreinander zwischen Deutschland und Polen beitragen wollen.

Wie fing es an? Nach dem Mauerfall in Berlin war Polen unser direkter Nachbar geworden. So konnte die Soziologin Grazyna Firlit-Fesnack mit einem Touristenvisum für mehrere Monate nach Berlin kommen. Sie lernte Christa Vielhauer kennen, die neugierig war und wissen wollte, wie die Frauen nach der „Transformation“, so nannte man die Wende in Polen, lebten.

Stationen

1990 organisierte Christa deshalb eine Veranstaltung im Haus der Kirche, wo Grazyna über das Leben der Frauen in Polen berichtete. Die Veranstaltung war gut besucht, es gab eine lebhaft Diskussions mit Grazyna und den Wunsch nach weiteren Kontakten. Also veranstalteten Christa Vielhauer und Ingrid Otto **1991** unsere erste Reise nach Warschau zum Frauenzentrum Joliborz, das Grazyna uns aufgrund ihrer Beziehungen vermitteln konnte. Dort fanden ein gemeinsames Seminar zum Thema „Frauenbewegung und Feminismus“ und ein „Tag der offenen Tür“ statt. Im Gegenzug luden wir die Frauen aus Joliborz im Mai **1992** zu uns nach Berlin ein, um ihnen hier verschiedene Frauenprojekte zu zeigen und sie mit der Funktion und Arbeitsweise von Frauenbeauftragten bekannt zu machen.

Schwerpunkt unserer ersten Kontakte **1991** war das Thema **Caritas**. Wir organisierten Kleidertransporte nach Joliborz und in das Alten- und Behin-

Fraueninitiative Berlin-Warschau -

dernteheim nach Marszalki zu Marek Pohl. Bei den Begegnungen fanden wir heraus, dass die Polen, die im Sozialismus alles staatlich organisiert bekamen, nun die Gesellschaft neu strukturieren mussten. So luden wir nicht nur Frauen aus Warschau sondern auch **Marek Pohl** aus **Marszalki** und den **Staroste Lech Janicki** aus **Ostrzeszow** und den **Sjemabgeordneten Andrzej Grzyb** nach Berlin ein und organisierten Begegnungen mit Fachleuten zu von ihnen gewünschten Themen.

Es entstand bei uns der Wunsch, gemeinsame Projekte zu starten. Dafür benötigten wir aber Gelder und Geber, die Spendenbescheinigungen haben wollten. Das erhalten nur gemeinnützige Vereine oder Organisationen. So entschieden wir uns **1992**, den gemeinnützigen Verein „Fraueninitiative Berlin-Warschau“ zu gründen. Auch die Frauen aus Joliborz in Warschau sollten einen Verein gründen, was für sie eine völlig ungewohnte Angelegenheit war. Es kostete viel Überzeugungskraft, sie dafür zu gewinnen und dauerte lange, ehe der Verein „Rodzina“=„Familie“ in Warschau zustande kam. Es gab wieder Reisen von Warschau nach Berlin. Wir zeigten den Frauen von „Rodzina“ Behinderteneinrichtungen, betreutes Wohnen für Behinderte, Behindertenwerkstätten und vieles mehr, weil ihr Schwerpunkt die Arbeit mit Behinderten war, die im sozialistischen Polen wenig Interesse und Förderung erfahren hatten. Unsere Arbeit erfolgte ehrenamtlich und fast ohne Geld. Die Frauen wurden von uns privat untergebracht und verköstigt und erhielten ein geringes Taschengeld von uns. Außer dem Karitativen spielte der bildungspolitische Aspekt eine große Rolle bei uns: **1995** wurde Christa Vielhauer von der Leiterin der VHS-Steglitz angesprochen, ob sie nicht einen Stammtisch zum Thema Polen anbieten wolle. Das wollte sie nicht („ist bierselige Männersache“). Aber aus diesem Vorschlag

20 Jahre Engagement für Frauen

entwickelte sich die Idee, jeweils im Wintersemester zum Thema „Unser Nachbar Polen“ eine Vortragsreihe anzubieten und im Herbst eine durch Vorträge vorbereitete Bildungsreise zu machen. Mittlerweile haben wir über **100** Vorträge organisiert und **20** Reisen durchgeführt

Bei den über 100 Vorträgen haben wir uns mit den verschiedensten Themen befasst, mit geschichtlichen, politischen, kulturellen, juristischen Themen, aber auch Vorträge zu Mode, Zeitgeist, Literatur und Musik gehört. Prof. Raisinski hat uns zum Beispiel erzählt, was eine Polonaise ist und sie uns dann tanzen gelehrt. Viele Persönlichkeiten haben unsere Vorträge gestaltet, ich will nur wenige nennen. Prof. Tomaschewski, damaliger Landesdenkmalpfleger aus Polen, der nicht mehr am Leben ist, Prof. Wanja, Professorin Dolf-Bohnekämpfer, Prof. Traba, Schriftsteller wie Helga Hirsch, Uwe Rada, Ewa-Maria Slaska und Elisabeth Göbel oder auch das „Universalgenie“ Frau Katzenelson, die nun schon lange nicht mehr am Leben ist. Im Jahr **2001** haben wir selbst eine Ausstellung in den Räumen der Volkshochschule Goethestraße organisiert. Das Thema lautete „Polen und Deutsche – verwandter als es manchem gefällt“. Eine deutsche und eine polnische Schulklasse hatten sich mit dem Thema befasst und Bilder dazu gemalt, die wir zu einer Ausstellung zusammenstellten. Weitere Ausstellungsbesuche erlebten wir unter der fachkundigen Begleitung von Gerhard Weiduschat zum Thema „Polenbegeisterung“ und der Ausstellung „Tür an Tür“ 1000 Jahre deutsch-polnische Geschichte im Jahr **2011**.

Alle Gruppen in Polen zu nennen, mit denen wir Kontakt hatten, würde den Abend sprengen, deshalb erwähne ich nur einige: **1994** nahmen wir Kontakt zu dem Verein „Hilfe für das krebserkrankte Kind“ in Warschau auf und halfen ein Haus für die Eltern der Kinder einzurichten und einen Spielplatz mit-

zugestalten, damit sie während des Krankenhausaufenthalts ihrer Kinder in Warschau bei ihnen bleiben konnten. **1998** lernten wir Aleksandra Plackowska von „Vis Vitalis“ aus Poznan kennen, die sich um ein lebendiges Miteinander von älteren Menschen kümmerte und sich mit uns um die **Universität des dritten Lebensalters** bemühte. **2000** lernten wir Zofia Zedler aus Torun und ihre Fraueninitiative kennen, die aus fröhlichen durchsetzungsfähigen, energievollen Frauen bestand. Wir organisierten mit ihnen ein Seminar „**Frauen auf dem Weg nach Europa**“. Seinerzeit war der EU-Beitritt Polens, der 2004 erfolgte, schon akut. Als Referentin gewannen wir die EU-Kommissarin Michaela Schreyer und Helga Korthaase als Moderatorin, die Frauenbeauftragte der SPD und Vorsitzende des Landesfrauenrates war. Mit den Frauen vom Verein „**Promocji Kobiet Torun**“ veröffentlichten wir **2004** ein zweisprachiges Buch, es heißt „**Nahaufnahmen – Zblizenia**“ und ist leider vergriffen. Acht Frauen, vier deutsche und vier polnische, schildern dort eindrucksvolle Erlebnisse und Erfahrungen mit dem jeweils anderen Land. Im Juli **2002** fuhren wir nach Lodz und knüpften Kontakte mit der dortigen Liga Kobiet, daraus ergaben sich wieder gegenseitige Besuche unter dem Schwerpunkt Behindertenarbeit. Erwähnt werden muss noch, dass wir **2008** in Warschau ein Zeitzeugen-Seminar durchgeführt haben, Frauen aus unserem Verein und polnische Frauen schilderten ihre Fluchterlebnisse im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Das wurde auf einer CD aufgenommen. und beim Seminar „**Herstori**“ in Warschau präsentiert. Zur Zeit arbeiten wir an einem EU-Projekt mit der Schweiz, Polen und Deutschland zum Thema „**Grenzüberschreitendes lebenslanges Lernen**“ und erstellen im Rahmen des GrundtvigProgramms Richtlinien dafür. Für dieses Projekt haben wir 16.000 Euro bewilligt bekommen. Darüber freuen wir uns, bedeutet es doch Anerkennung aber auch viel Arbeit und Verantwortung.



Die LFR-Vorsitzende Regina Seidel hat der Fraueninitiative Berlin-Warschau e.V. herzlich zum 20-jährigen Bestehen gratuliert. Die Initiative sei eine wirkliche Brückenbauerin. „Sie führen Frauen der beiden Partnerstädte Berlin und Warschau zusammen und engagieren sich nachhaltig im Politikfeld ‚Integration und Migration‘. Der Erfolg Ihrer Projekte und Veranstaltungen beweist, wie wichtig Ihr Engagement für Berlin und die Berlinerinnen ist“, heißt es in dem Gratulations schreiben.

Und weiter: „Mich freut besonders, dass Ihr Verein seit vielen Jahren die Arbeit des LFR Berlin begleitet und sich aktiv in die Mitgliederversammlungen und weiteren Aktivitäten einbringt. Dafür möchte ich Ihnen Dank sagen. Ich bin mir sicher, dass es auch künftig eine Vielzahl von Berührungspunkten geben wird.“



Warum die Berliner Liberalen Frauen für eine Frauenquote sind, erläutert Sarah Schaschek in ihrem Beitrag.

Übrigens: Alle Berlinerinnen sind herzlich zu den zweimonatigen Treffen der „Femmes Liberales“ eingeladen. Die genauen Termine und Treffpunkte finden sich auf der Website.

LIBERALE FRAUEN
LAGE: STERNENSTRASSE 100, 10119 BERLIN

Internet-Info:
www.liberales-frauen-berlin.de

Wettbewerb aus weiblicher Sicht

♦ Man könnte meinen, über die Frauenquote sei bereits alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Dennoch: Auch die Berliner Liberalen Frauen sprechen sich für Frauenquoten aus, was insofern bemerkenswert ist, als ihre Mutterpartei, die FDP, strikt dagegen ist. Während die Liberalen Frauen bereits vor einem Jahr eine Quote in der FDP beantragten (die als einzige Partei im Bundestag bisher keine Frauenquote hat), begrüßten sie zuletzt Mitte November den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer Frauenquote für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen.

Innerhalb der FDP ist diese Position nicht immer leicht zu kommunizieren, auch weil die Liberalen Frauen kein offizieller Teil der Partei sind. Anders als die Frauen Union und die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), die Frauenorganisationen in der CDU und SPD, denen automatisch alle weiblichen Mitglieder der Parteien angehören, sind die Liberalen Frauen eine so genannte Vorfeld-Organisation, die außerhalb der Partei steht. Das bedeutet, dass jede Frau, die sich für liberale Themen interessiert, bei den zweimonatigen Treffen in Berlin mitdebattieren kann, ohne Parteimitglied zu sein. Es geht auf diesen Treffen zum Beispiel um die Vernetzung von Unternehmerinnen in Berlin, um die Inklusion behinderter Kinder oder eben um Frauen in Führungspositionen – unabhängig davon, was die Partei dazu für eine Meinung hat. Die Distanz lässt zu, dass die Liberalen Frauen die Politik der FDP kritisch betrachten – und dazu aus der weiblichen Perspektive.

Distanz ist Vorteil und Nachteil zugleich

Der Abstand bedeutet aber auch, dass es manchmal länger dauert, bis sich die Liberalen Frauen mit ihren Interessen durchsetzen. Auf einem Parteitag der FDP im Mai 2011 stimmten 80 Pro-

zent der Delegierten gegen den Antrag der Liberalen Frauen auf eine FDP-interne Frauenquote. Und auch in der Berliner FDP wird das Thema Frauenquote als ungemütlich empfunden. Im Wahlkampf 2011 bat man die Frauen daher, das Thema eine Weile zurückzustellen.

Unter dem Vorsitz von Dr. Frauke Lindemann haben sich die Berliner Liberalen Frauen trotzdem nicht verbieten lassen, für mehr Sichtbarkeit von Frauen in politischen Ämtern zu kämpfen. Sie unterstützten alle Kandidatinnen in der Berliner FDP und haben es – trotz des niederschmetternden Wahlergebnisses – geschafft, sich untereinander stärker zu vernetzen. Als im März 2012 der neue geschäftsführende Landesvorstand gewählt wurde, haben sie durchgesetzt, dass zwei der fünf Plätze mit Frauen besetzt wurden. Seitdem hört man immer mehr Männer, die sich positiv über die neue Mischung äußern.

Votum für die Quote in Europa

Die Berliner Liberalen Frauen sprechen sich weiterhin für eine Quote von 40 Prozent innerhalb der Partei aus, weil sie meinen, dass Wettbewerb nur mit fairen Teilnahmebedingungen funktioniert – und die sind derzeit für Frauen und Männer nicht gleichermaßen gegeben. Aus dem selben Grund begrüßen sie den Beschluss der EU-Kommission, eine Frauenquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen in der Europäischen Union einzuführen. Gerade weil sich in den Reihen der Berliner Liberalen Frauen viele Unternehmerinnen finden, die die „gläserne Decke“ aus eigener Erfahrung kennen, halten sie den Gesetzentwurf für ein gutes Signal für Europas Frauen. Sie fordern die Bundesregierung auf, dem Entwurf zuzustimmen – auch weil sie hoffen, dass die gesellschaftlichen Veränderungen, die durch eine Quote entstehen, eine Quote letztlich verzichtbar machen.

GEDOK eröffnet eigene Galerie

♦ Große Freude bei der GEDOK Berlin: Zwei Jahre nach dem 50. Jahrestag ihrer Neugründung hat sie „ein eigenes Schaufenster“ gefunden. „Wir eröffnen noch in diesem Jahr unsere GEDOK-Galerie! Sie liegt in der Nähe des Viktoria-Luise-Platzes in der Motzstraße 59 und verfügt mit 130m² über alles, was wir benötigen, einschließlich Büro sowie Archiv-Räume in einem großzügigen und trockenen Keller“, kündigt der Vorstand unter Führung von Erika Großmann an. „Unsere überzeugende Arbeit der letzten

Jahre, die Hartnäckigkeit bei Antragstellungen, Anfragen und Vorsprachen des Vorstandes bei Senat und Abgeordnetenhaus haben endlich zu einem positiven Ergebnis geführt.“

Die Galerie eignet sich auch für kleinere musikalische Aufführungen, soll ein lebendiger Treffpunkt für Autorinnen und ihre LeserInnen werden und als Forum für kulturpolitische Themen dienen. Ausstellungen und Veranstaltungen sollen vor allem die Kommunikation zwischen Künstlerinnen und Kunstinteressierten intensivieren.



Die bis 2013 bewilligte Zusatzförderung deckt nicht alle Kosten. Für die Kautionsmieten und die Vervollständigung der Einrichtung muss der Verein selbst aufkommen. Telefonischer Kontakt unter 441 39 05, per Mail an info@gedokberlin.de

Helga-Moericke-Preis für Evangelische Schule

♦ Zum vierten Mal hat die LFR-Mitgliedsorganisation frauen + schule Berlin-Brandenburg e.V. im August den Helga-Moericke-Preis für Soziales Lernen verliehen. Diesmal hat die Evangelische Schule Berlin Zentrum die Jury mit ihrem Konzept einhellig überzeugen können.

Die 2007 gegründete Gemeinschaftsschule arbeitet in den Jahrgängen 7 bis 9 inklusiv und hat das Prinzip des Sozialen Lernens zu einer Grundlage der schulischen Arbeit gemacht. Individuelle Lernprozesse werden von älteren SchülerInnen angeleitet und unterstützt. Im Schulfach „Verantwortung“ geht es um Handlungskompetenz und Konfliktlösungsstrategien, aber auch um die Fähigkeit zur Reflexion und zum Perspektivwechsel. Alle Schülerinnen der 7. und 8. Jahrgangsstufe übernehmen im Umfang von drei Wochenstunden Aufgaben außerhalb der Schule, in denen sie sich in anderen Rollen erfahren. Diese Erfahrungen bringen sie in das Fach „Herausforderung“ ein, in dem sie sich, meist in kleinen Gruppen, in der 8. bis 10. Jahrgangsstufe auf je eine selbstgewählte mehrtägige Aufgabe außerhalb von Berlin vorbereiten. Die Rückkopplung erfolgt durch Klassenstunden, intensive Tutorengespräche und die Schulversammlung, die am Freitag den Abschluss der Schulwoche bildet.

Schülerinnen und Schüler der höheren Klassen geben ihre Erfahrungen mit diesem Konzept und ihrem Schulalltag mutig und selbstbewusst in Fortbildungen für andere Berliner Schulen weiter.

Das Preisgeld von 1.500 Euro will die Schule zur Ausgestaltung des „heruntergekommenen Schulhofs“ (Formulierung aus dem Antrag) verwenden. Pläne zur Schulhofumgestaltung, die die Schule in Projekten erarbeitet hat, wurden mit Hilfe fachkundiger Eltern professionell überarbeitet und sollen wiederum in Projektarbeit umgesetzt werden. Die Preisverleihung wurde von einer Schülerin der 12. Klasse moderiert und von einigen SchülerInnen musikalisch umrahmt. Mark Rackles, Staatssekretär für Bildung, überreichte zusammen mit der Vereinsvorsitzenden Christin Grohn-Menard den Scheck und die Urkunde. In ihrer Laudatio zeigte sich Almuth Hartwig-Tiedt, die Schirmfrau des Preises, beeindruckt vom Engagement und der Kreativität, mit denen die Schulleiterin Margret Rasfeld mit ihrem Kollegium ein Schulklima schafft, das wieder Lust auf Schule macht.

Der Verein frauen+schule bemüht sich jetzt, das Preisgeld für 2013 zu sammeln, damit auch im kommenden Jahr der Helga-Moericke-Preis für Soziales Lernen verliehen werden kann.

*Autorin:
Christin Grohn-Menard*

**frauen
+ schule**
Berlin/Brandenburg e.V.

*Internet-Infos:
www.frauen-und-schule-berlin-brandenburg.de
und www.ev-schulezentrum.de*

Gleichstellung: Deutschland steigt ab

Der Index des Global Gender Gap Report bewertet 135 Länder, die über 93 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren. Der Bericht wird seit 2006 erstellt.

Internet: www.weforum.org/issues/global-gender-gap/

Die Daten lassen auf eine enge Korrelation zwischen den erfolgreichsten Ländern bei der Verringerung geschlechtsspezifischer Unterschiede und den wettbewerbsfähigsten Ländern schließen, so das World Economic Forum.

Deutlich vor Deutschland: Die Philippinen auf Rang 8, den sie wegen Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei der Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben erreichen konnten.

Dicht hinter Deutschland: Lesotho auf Rang 14 – wegen Verschlechterungen bei der Lohngleichheit und beim geschätzten Lohneinkommen fiel das Land fünf Plätze zurück, bleibt aber weiter das einzige Land dieser Region, das geschlechtsspezifische Unterschiede im Bildungswesen sowie bei Gesundheit und Lebenserwartung komplett ausgleichen konnte.

♦ Deutschland steigt ab. Für den (Männer-)Fußball würde solche Meldung einer Katastrophe gleichkommen – geht es um die Gleichstellung von Männern und Frauen, sieht das ganz anders aus: Der Global Gender Gap Report 2012, ein Bericht des World Economic Forum, sieht Deutschland auf Platz 13 – im vergangenen Jahr war es noch Platz 11 auf der Rangliste von mehr als 130 Nationen. Im Jahr 2007 hatte es Deutschland noch auf Platz sieben und damit unter die besten Zehn der Welt geschafft.

Der Bericht analysiert die Gleichstellung der Geschlechter im Ranking der Nationen und beleuchtet dabei den Zugang zur Gesundheitsversorgung, den Zugang zur Bildung sowie die politische Beteiligung und wirtschaftliche Gleichstellung. Die nationalen Indexwerte berücksichtigen die relative Benachteiligung von Frauen in den verschiedenen Bereichen.

Im Gesundheits- und Bildungsbereich konnten mit Ausnahme einiger Länder wie Pakistan, Äthiopien, Jemen und Benin weltweit Fortschritte verzeichnet werden: 96 Prozent des Gefälles im Gesundheitswesen und 93 Prozent des Gefälles im Bildungswesen konnten mittlerweile in den im Bericht untersuchten Ländern ausgeglichen werden. Im Vergleich dazu betragen die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Wirtschaft noch 60 Prozent, im Bereich der politischen Beteiligung konnte das Gefälle nur um 20 Prozent verringert werden. Langfristig lässt sich daraus eine Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung von Frauen in einem Drittel der untersuchten Volkswirtschaften ablesen.

„In Zukunft werden Talente weitaus wichtiger sein als Kapital“, erklärt dazu Klaus Schwab, Gründer und Executive Chairman des World Economic Forum. „Die Entwicklung der Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung, sondern auch der Schlüssel zu Erfolg und Wohlstand in einer Welt, die im-

mer stärker durch Wettbewerbsfähigkeit geprägt wird.“ Mitverfasserin Laura Tyson, S. K. und Angela Chan Professor of Global Management, Haas School of Business, University of California at Berkeley: „Geschlechtsspezifische Unterschiede können durch eine gezielte Politik ausgeglichen werden. Länder, die neue politische Entscheidungen umsetzen, sollten ihre Erfahrungen an andere Länder weitergeben, um dort den Fortschritt zu beschleunigen.“

Wer steht wo?

Unter den Top 10 ist Europa 2012 wieder am stärksten vertreten: Island steht an der Spitze mit dem besten Gesamtergebnis bei Bildungsstand und politischer Beteiligung, gefolgt von Finnland, Norwegen, Schweden und Irland. Auf Rang 7 liegt Dänemark, die Schweiz erreicht Rang 10. Deutschland verpasst die Top 10 und landet auf Platz 13, europäische Schlusslichter sind Italien, Griechenland (82) und die Türkei (124). Die USA fielen wegen des zurückgegangenen Prozentanteils von Frauen in politischen Entscheidungspositionen um fünf Plätze auf Rang 22 zurück. Nicaragua hat sich dagegen in Lateinamerika mit Platz 9 an die Spitze vorgearbeitet. Brasilien (62) macht aufgrund von Verbesserungen in der Schulbildung im primären Sektor sowie der Erhöhung des Frauenanteils in Ministerposten ganze 20 Plätze gut. An der Spitze Asiens stehen die Philippinen mit Rang 8. Bei den arabischen Ländern halten die Vereinigten Arabischen Emirate mit Rang 107 die Spitzenposition (überdurchschnittlich hohe Zahlen bei der Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben und der Gleichstellung im Bildungswesen mit einem fast dreimal so hohen Frauenanteil im Vergleich zu studierenden Männern). Neben Lesotho (Spitzenposition der Länder in Subsahara-Afrika mit Rang 14) ist Afrika in den Top 20 auch mit Südafrika (16) vertreten.

Energiespartipps



♦ Der Bund der Energieverbraucher hat sein Handbuch für Energieverbraucher komplett neu gestaltet, aktualisiert und den Preis gesenkt. Das Buch zeigt, wie jede und jeder Energie und Geld effektiv einsparen kann. Dazu gehören etwa die Suche nach dem günstigsten Energieanbieter und eine ausführliche Erklärung des Anbieterwechsels. **Aribert Peters**, Chef des Bundes der Energieverbraucher, und **Leonora Holling**, Energierechtsanwältin, haben ihr langjähriges Wissen in dem Handbuch zusammengefasst. Sie stellen alle Fragen von A wie Anschluss ans Energienetz über V wie Versorgungssperre bis Z wie Zahlungsunfähigkeit unterhaltsam und verständlich dar. Enthalten sind Energiespartipps und Hinweise auf staatliche Unterstützungen, zahlreiche Beispiele und Muster schreiben. Das 304-seitige Buch kostet 12,80 Euro (für Mitglieder des Vereins 6,50 Euro) und kann beim Bund der Energieverbraucher auch online auf www.energieverbraucher.de bestellt werden.



Die Schwesterorganisation des LFR Berlin in Sachsen hat wieder eine Vorsitzende: Am 1. Dezember wählte die Frauenkonferenz die Präsidentin des statistischen Landesamtes **Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher** mit 98 Prozent zu ihrer neuen Vorsitzenden. Zu Stellvertreterinnen bestimmt wurden **Dagmar Neukirch**, MdL (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und **Sandra Gockel** (Frauenunion). Wiedergewählte Schatzmeisterin ist **Monika Hageni** (Kirchliche Frauenarbeit in der Ev. Luth. Landeskirche). Den LFR-Vorstand komplettieren **Dr. Heidi Bacherer** (DGB-Frauen), **Elke Blaubach** (VdK), **Dr. Martina Große** (LISA) und **Ines Vogel** (Frauenbildungshaus Dresden). Der LFR Berlin gratulierte herzlich. „Das stimmt optimistisch und macht uns zuversichtlich, dass der Landesfrauenrat Sachsen weiter ein starkes Sprachrohr für die Frauen in Ihrem Bundesland und im Kanon der Konferenz der Landesfrauenräte ist“, heißt es im Schreiben der Vorsitzenden **Regina Seidel**. Der LFR Sachsen hatte 2011 nur noch eine minimale Landesförderung erhalten. „Aus der Ferne haben wir die frauenpolitische Entwicklung im Freistaat Sachsen kritisch begleitet. Doch nicht nur bei Ihnen geraten Frauenorganisationen und Frauenprojekte angesichts immer neuer Sparhaushalte unter Druck. Heute scheint es mir wichtiger denn je, dass sich Frauen zusammentun, um gemeinsam für ihre Rechte zu streiten und für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen unserer Gesellschaft einzutreten. So sind wir froh, dass der Landesfrauenrat Sachsen als vielfältiges Netzwerk erhalten bleibt, das die Stimmen der Frauen hörbar macht“, betont Regina Seidel.

Neue Öffnungszeiten der LFR-Geschäftsstelle ab Januar 2013:

Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
 Dienstag und Donnerstag 9.30 bis 16:00 Uhr
 Mittwoch und Freitag 9.30 bis 13.30 Uhr

Wir wünschen allen
Mitgliedsorganisationen,
Delegierten, Leserinnen
und Unterstützerinnen:



**Frohe Weihnachten,
erholsame Feiertage und
einen guten Rutsch ins
Neue Jahr!**



**Möge 2013 ein Jahr mit
guten Ideen und
erfolgreichen
Projekten werden!**